

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 123.

zu Nr. 24 des Hauptblattes.

1932.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Brause in Dresden.

## Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der 64. Sitzung  
von Dienstag, den 26. Januar 1932.)

Abg. Raffe (Volkswart.) — Fortsetzung.

Was will man denn eigentlich für eine Regierung? Sie ist überparteilich. Gott sei Dank! Ein Kuhhandel scheidet aus, weil sie überparteilich ist. Sie ist national, sie ist gegen die Gottlosenpropaganda, wiewohl in Abbau sich Ihre Leute (s. d. Ratsoz.) hinstellen und sagen, ein neuer Heiland ist geboren, Adolf Hitler. (Lachen links.) Man arbeitet draußen mit Agitationsmitteln und sagt hier, der Landtag schaltet sich selbst aus. In Wirklichkeit wissen wir ganz genau, daß die überspitzen Forderungen von links wie von rechts einfach nicht annehmbar sind, weil kein Geld vorhanden ist oder weil, wenn die Regierung Schied diese überspitzen Forderungen durchführt, wieder diejenigen Kreise belastet werden, die überhaupt noch etwas haben.

Der Herr Abg. Siebert stellt sich hierher und sagt, die Regierung Schied hätte gegen die Reichsregierung nicht genügend Front gemacht in der Frage der Notverordnungen. Wie oft und wie viele Male ist von dieser Stelle aus festgestellt worden, daß die Regierung Schied und der sächsische Landtag absolut nichts machen können, weil ja Art. 48 der Reichsverfassung vorschreibt, daß nur der Reichstag in der Lage ist, diese Maßnahmen außer Kraft zu setzen.

Gegen was wir uns wehren, ist, daß man draußen in der Öffentlichkeit immer und immer wieder versucht, Gerüchte über die Regierung Schied auszubreiten und zu verteidigen, die, weiß Gott, diese Männer gegenüber Sachsen nicht verdient haben. Ich gebe damit keine Vertrauensklärung ab, sondern ich sage die Wahrheit dahin, daß man den Leuten, die sich wirklich in dieser schweren Zeit dem Volk mit ganzer Kraft zur Verfügung stellen, nicht fortwährend Knäppl zwischen die Beine werfen soll. Oder glaubt vielleicht Herr Siebert, daß Herr Krug v. Nidda etwas anderes hätte machen können als Ministerpräsident? Der ganze Kampf geht doch seit dem Tage, an dem die Regierungsbildung nicht so gelungen ist, wie man wollte. Schön, wie haben ja leinerzeit erklärt, wenn Sie durchaus Herrn Gregor Straßer hereinhaben und ihm das Innenministerium geben wollten, wozu wir nie die Hand gereicht hätten, dann hätten Sie eben leinerzeit das Finanzministerium übernehmen müssen, damit Klarheit geschaffen worden wäre.

Wenn Herr Kollege Siebert sagt, daß es nicht verfassungsmäßig sei, so soll er einmal nachweisen, daß die Regierung nicht verfassungsmäßig ist. Er kann das Gegenteil nicht beweisen. Man bringt das Volk draußen in dieser Notzeit in Unruhe, man hegt das Volk gegeneinander, treibt es gegeneinander und glaubt, dadurch zum Siege zu kommen. In einer so großen außerordentlich schweren Notzeit ist es, glaube ich, wohl notwendig, nicht die Klafte zu verbreitern, sondern sie zu überbrücken und nicht gerade in solchen Notzeiten einen Volksentscheid herbeizuführen, der Unnummen verschlingt. Geben wir doch dann das Geld lieber den Armen, den Erwerbslosen, damit sie sich besser gefühlt fühlen.

Herr Abg. Tögel hat einen schönen Artikel: „Der meuchelnde Bürgerkrieg“ geschrieben. Es wäre richtiger gewesen, wenn Herr Tögel diesen Artikel an die richtige Adresse geschickt hätte; gerade die letzten Tage haben wieder bewiesen, wie der meuchelnde Bürgerkrieg von einer bestimmten Seite betrieben wird. Ich erinnere nur an die Angriffe des Kollegen Schladebach: „Bauernverräter“; ich erinnere an den letzten Artikel: „Jungdo-Kleite bei dem Albrechtsbach“. Obgleich Ihnen, Herr Kunz, einen Tag vorher von dem Direktor ausdrücklich Klarheit gebracht worden war, haben Sie zugelassen, daß dieser Artikel hineinkam. Es wird sich noch bei Behandlung der Anfrage richtigstellen lassen.

Herr Studentowski sagt, daß die Massen entscheiden werden, daß die Massen bei Ihnen sind. Ja, Herr Studentowski, wissen Sie auch, wie das gemacht wird, wie gedroht wird, wie Zwang, wie Terror ausgeübt wird? (Abg. Studentowski: Wir haben noch keinen Mann gezwungen, in unsere Partei zu kommen!) Ich will hier nur den Inhalt geben; darauf kommt es an, daß man den Leuten droht und sagt: „Wenn Sie jetzt nicht in die nationalsozialistische Partei eintreten, ist es zu spät, die Listen werden gesperrt, dann kommen Sie auf die schwarze Liste.“ (Hört, hört! s. d. Soz.) Wenn man das so machen muß, Herr Studentowski, ist kein Wert in der Bewegung. Wenn man ferner, wie das in Frauenheim passiert ist, andauernd die Leute mit Drohbriefen füttert, wenn man droht, sie zu boykottieren, — so kann man die Bewegung und das Volk nicht führen.

Ich habe nur ganz kurz zu der Sache deshalb Stellung genommen, weil man sich hier als Unschuldslamm hinstellt, und in Wirklichkeit ist es eine Jagd nach Ministerstellen, weiter nichts. Die Ministerstellen waren schon längst verteilt. Sie hätten gar nicht ausgereicht; man hätte auf Grund der Anwartschaft noch einmal soviel Minister machen müssen. Man hätte das Arbeitsministerium teilen müssen in das für Arbeitende und in das für Nicht-Arbeitende, das Kultusministerium in das für Katholische und das für Evangelische; so waren Sie (s. d. Ratsoz.) Weil es nicht gelang, die Regierung Schied zu beseitigen und eine Regierung nach Ihren Geplagenheiten durchzusetzen, deshalb entbrennt der Kampf.

Wir sind der Ansicht, daß das sächsische Volk in dieser Notzeit mehr denn je eine gute und tüchtige Verwaltungs-

regierung benötigt, und die sehen wir in der augenblicklichen Regierung.

Abg. Weiser (Soz.): Herr Abg. Renner hat in einer längeren Rede versucht, sich mit einer ganzen Reihe von Problemen auseinanderzusetzen, vergaß aber leider, über das zur Beratung stehende Problem zu sprechen, was denn eigentlich die Kommunisten mit dem Volksentscheid bezwecken. Die Situation wurde bündig durch die Ausführungen des Herrn Abg. Diekmann beleuchtet, der mit vollem Recht hervorhob: Wir haben eine Regierung, nach der wir uns seit 10 Jahren geseht haben; wir haben eine Regierung, die an die Stelle der damaligen roten Regierung getreten ist; und die Herren von der Volkspartei haben keinerlei Ursache, mit dieser Regierung nicht einverstanden zu sein. Wenn Herr Renner versucht hat den Eindruck zu erwecken, als seien wir Sozialdemokraten irgendwie für die Regierung Schied verantwortlich oder bereit, die Regierung Schied zu unterstützen, so muß darauf hingewiesen werden, daß wir weder für die Entsetzung der Schied-Regierung noch dafür verantwortlich gemacht werden können, daß die Regierung Schied heute noch da ist. Wenn nämlich die Kommunisten endlich einmal ihre törichte Politik aufgeben würden, dann wäre eine Voraussetzung dafür gegeben, daß man auch in Sachen zu einer Regierungsbildung käme, die mehr den Interessen des Proletariats dienbar gemacht werden könnte, die unseren Interessen mehr entspricht.

Die Regierungserklärung genügt und nicht. Wir meinen, daß der Herr Ministerpräsident den Faschisten mit viel größerer Energie hätte gegenüberzutreten müssen und sich gegenüber den unerhörten Angriffen des Herrn Studentowski, der wieder geflossen ist, gegen eine Reihe verdienstvoller Beamter, mit viel größerer Energie hinter diese Beamten hätte stellen müssen.

Wir verlangen weiter eine scharfe Einwirkung der Regierung auf die Richter, die heute bei allen möglichen Prozessen die Faschisten fast freilassen, deren Urteil oft eine Prämie auf das rüdemäßige Verhalten der Faschisten bedeutet, während andererseits Arbeiter, wenn sie vor Gericht stehen, hart bestraft werden wegen Delikten, wegen deren die Faschisten freigesprochen werden. Wir verlangen von der Regierung Schied, daß sie mit größerer Energie gegen die Faschisierung des Beamtenapparates eintritt. Es ist kein Geheimnis, daß in den Amtsstuben eine Reihe von Beamten glauben, Koniau vor dieser Gesellschaft machen zu müssen, und daß sie, weil sie Morgenluft wittern, rasch in das Faschistenlager übergehen. Wir sind weltanschaulich durchaus nicht mit Herrn Schied einverstanden; und es gehört die ganze Sophistik eines Herrn Renner dazu, so zu tun, als sei die Sozialdemokratie mit der Regierung Schied verflochten und verchwägert, als seien wir irgendwie verantwortlich für die Regierung.

Herr Renner hat am Schluß seiner langen Rede mit Stentorkimme erklärt: Wir haben nur einen Feind, das ist die Sozialdemokratie, und es ist die Aufgabe der kommunistischen Partei, dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter endlich einmal von den sozialdemokratischen Führern losgelöst werden, damit sie hineingeführt werden können in die kommunistische Partei. (Juruse b. d. Komm.) Die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftler werden Herrn Renner diesen Gefallen nicht tun (Juruse b. d. Komm.: Warum dann die Angst?) — wir haben gar keine Angst —, sondern die Hohlheit und Torheit der kommunistischen Argumente wird die kommunistischen Arbeiter zu uns bringen, so daß das Gegenteil von dem eintritt, was die Kommunisten wollen. Schämen sich denn die Kommunisten nicht selber, daß sie mit den Lobseindern des Proletariats zusammengenommen (Sehr gut! s. d. Soz. — Juruse b. d. Komm.), daß sie das Volk gemeinschaftlich mit den Mördern der Arbeiter zum Volksentscheid aufrufen wollen? (Juruse b. d. Komm.) Das wird von keinem Arbeiter verstanden.

Jeder Politiker ist für seine Handlungsweise verantwortlich, er muß sich überlegen, was nach einer solchen Aktion mit aller Wahrscheinlichkeit erwartet werden kann. Warum sagt Herr Renner nicht, was kommen kann? Werden wir nach einer Neuwahl, die ja nicht kommen wird, eine taktische Änderung der kommunistischen Partei erleben? (Juruse b. d. Komm.) Wenn die ganze Gesellschaft auch vom kommunistischen Standpunkt aus überhaupt einen Zweck haben soll, dann doch den, in Sachen zu einer vom proletarischen Standpunkt aus gesehen zweckmäßigeren Regierung zu kommen. Wenn dann etwa die Kommunisten und Sozialdemokraten etwas stärker in den Landtag hineingehen würden, würden dann die Kommunisten bereit sein, mit den Sozialdemokraten zusammen eine proletarische Regierung zu machen? Wenn ja, warum machen sie das heute nicht? Kommt aber ein neuer Landtag, der vielleicht stärker nach rechts tendiert, dann bekommen wir an Stelle der Regierung Schied vielleicht eine Regierung, in der die Nationalsozialisten sitzen, vielleicht der edle Herr v. Killinger, der Mann, der Frauen peitschen ließ, oder der Herr Kunz, der den Offenbarungseid leistete, oder andere solche ehrenwerten Leute. Keinen Sie, daß dann für das Proletariat in Sachen eine bessere Periode anbricht, als sie heute da ist? So dummi ist selbst kein Kommunist, daß er das glaubt. Das eine können wir den Kommunisten sagen: Die Sozialdemokraten werden auf ihren Posten bleiben. Von uns hat keiner einen Paß. Wir werden die Arbeiterschaft nur zu Demonstrationen, zu Kämpfen auffordern und anführen, die wir persönlich mitzumachen bereit sind.

(Sehr gut! s. d. Soz.) Es wird sich herausstellen, wenn die Dinge ernst und ernst werden, wo die großen Feinde des Volkes dann sein werden. (Sehr richtig! s. d. Soz.) Hier auf der Rednertribüne und in Versammlungen vor halb verhungerten Erwerbslosen gegen die Sozialdemokraten zu heben, ist kein Kunststück. Wenn die Kommunisten ernsthaft diskutieren wollten, müßten sie zugeben, daß sie kein Jota anders arbeiten können als wir. Und wenn sie ein klein bißchen Grube im Kopfe hätten, würden sie einmal nach den Ländern sehen, in denen nach ihren Experimenten gearbeitet worden ist, nach Italien, nach Ungarn. Dort sind die proletarischen Organisationen zerfallen, die Arbeiterführer sitzen in Gefängnissen oder sind totgeschlagen. Jemandeine Möglichkeit, überhaupt nur zu demonstrieren, besteht dort überhaupt nicht mehr. Die Arbeiterklasse ist dort ohnmächtig, zerfallen, gemartert, in den Gefängnissen. Wir Sozialdemokraten werden allerdings dafür sorgen, daß das deutsche Proletariat mit solcher kommunistischer Torheit fertig wird. Wir werden trotz der Not der Zeit, trotz der begreiflichen Erregung der Massen mit eiserner Energie an der weiteren Ausklärung der Massen arbeiten und ihnen sagen: Je schwerer die Not, je ernster die Zeit, um so disziplinierter muß die Masse sein, weil anders man jenen von rechts herankommenden Herden die Gelegenheit gibt, mit blutiger Gewalt das zu zerbrechen, was wir in jahrzehntelanger Arbeit uns erarbeitet und erlämpft haben.

Wir wollen auch eine Einheitsfront, und wir werden auch eine Einheitsfront bekommen (Juruse b. d. Komm.: Mit Hindenburg!) Freilich nicht mit den Kommunisten, den Kartten, die eine gemeinschaftliche Front mit den Faschisten, mit den Dantekreuzlern machen. An dieser Schande werden die Kommunisten eines schönen Tages zugrunde gehen. Wir werden dafür sorgen, daß die Arbeiter klar sehen und davon überzeugt werden, daß die Kommunisten einen Weg gehen, der für das Proletariat verhängnisvoll ist.

Dann möchte ich mich nun noch ein bißchen mit den Herren Nationalsozialisten beschäftigen, die ja durch Abwesenheit glänzen. Wir sind es ja gewöhnt, daß die Nationalsozialisten in dem Augenblick, wo sie einmal ernsthaft diskutieren sollen, nicht mehr da sind. Herr Studentowski hat hier eine Rede gehalten. Wenn man sich den Mann ansieht, muß man sagen, er hat sich schon merkwürdig geändert. Er ist gar nicht mehr so rabiat. Früher war er sehr dreist, sehr laut und auch sehr rabiat. Der Parlamentarismus hat ihn anscheinend schon ein bißchen zur Reife gebracht. Er hat darüber geweint, daß die Sozialdemokraten den Landtag nicht ausfüllen wollen. Er hat sich darüber mokiert, daß der Art 48 der Verfassung angewendet wird, daß eine Art Diktatur da ist. Das ist eine merkwürdige Gesellschaft, die die Nationalsozialisten. Sie wollen Anwendung der Diktatur, aber sobald von anderen nach einem solchen Rezept gearbeitet wird, fangen sie an zu weinen und sagen: Diktatur dürfen wir nicht anwenden. Die Nationalsozialisten sind überhaupt eine ganz merkwürdige Partei. Wenn man fragt, was wollt ihr denn eigentlich, dann sagen sie, das sagen wir euch nicht, das sagen wir erst, wenn wir in der Regierung sitzen. Jede andere Partei würde dem Fluch der Lächerlichkeit anheimfallen, wenn sie so etwas sagen würde. Wenn nicht die Not der Zeit so gewaltig wäre, dann gäbe es wahrscheinlich nur sehr wenig Nationalsozialisten, denn die Leute, die ihnen nachlaufen, müßten doch fragen: was wollt ihr eigentlich? Leider genügt in der jetzigen Zeit bei vielen Menschen schon das Schimpfen auf andere Parteien, um sie reiß für eine solche Partei wie die nationalsozialistische zu machen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß es gar nicht allzulange dauern wird, bis dieser aufgebähte Schwamm zusammenfallen wird. Wenn aber nur einige Energie angewendet würde, würden wir mit dem Spul sehr schnell fertig werden. Man sollte einmal die Arbeiterbataillone gegen diese Herrschaften aufmarschieren lassen; wir sind ganz dabei. Wir wollten sehen, wie sie das Hosenpausen bekommen würden und wie diese Gesellschaft laufen würde! Man braucht sich infolgedessen absolut nicht einschüchtern zu lassen.

Wenn weiter Herr Studentowski in unerhörtesten Ausdrücken gegen eine Reihe von sozialdemokratischen Beamten loszog, so beweist das bloß seine schamlose Gesinnung. (Sehr gut! s. d. Soz.) Was haben wir drüben bei den Ratsoz für Felder? Wenn in der Sozialdemokratischen Partei oder Fraktion nur ein einziger so mit Schmutz beladen wäre wie so mancher da drüben, ich möchte da einmal den Krach hören jahraus und jahrein in der Presse. (Sehr gut! s. d. Soz.) Da drüben sitzen der Herr v. Killinger, und Kunz, die ich schon charakterisiert habe: Dann der Herr Weyer, der Mann mit dem Spargelgut, Herr Schreiter mit der merkwürdigen Fahrtengeschichte, und so könnten wir diese ganze Gesellschaft einmal untersuchen. Keine andere Partei würde sich so etwas erlauben! In jeder anderen Partei würde gesagt: wie sehen auf Sauberkeit, wir halten auf Reinheit. (Sehr richtig! s. d. Soz.) Und diese Leute erlauben sich, über ehrenwerte sozialdemokratische Beamte, die jahrzehntelang ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, in einer so schandvollen Manier heranzuziehen, wie es offenbar so einem Knaben wie Herrn Studentowski ziemt. Der Mann hat gar keine Spur von Gefühl für Anstand im Leibe, sonst müßte er sich schämen, in dieser Art und Weise über unsere Leute zu sprechen.

Man muß sich aber auch die anderen Führer der Nationalsozialisten einmal ansehen. Was ist mit Hitler los? Hitler ist ja ein Ausländer! Der Spul mit Hitler

hätte sehr schnell ein Ende, wenn man den Mann beim Kantschen nehmen und über die Grenze setzen würde. Dann wären wir diesen Mann als lästigen Ausländer los. Und was sagt dieser Hitler selbst über seine Ziele? Er sagt:

Nationalsozialismus bedeutet Aufrichtung der Herrenmoral; denn nur Herrengefinnung kann das Land wieder hoch bringen. Wir wollen die Auswahl einer neuen Herrenschicht, die sich klar darüber ist, daß sie auf Grund ihrer höheren Rasse das Recht hat zu herrschen und die Herrschaft über die breiten Massen des Volkes rücksichtslos ausübt.

(Hört, hört! links). Das muß man den Massen sagen. So etwas nennt sich Arbeiterpartei! Und in einer Monatschrift „Der Meister“ schreibt der Nationalsozialist Hans Held, um die Männer der Großindustrie und der Bankwelt dazu zu veranlassen, dem Nationalsozialismus mit ihrer materiellen Macht zu helfen und ihn zu unterstützen folgendes:

Wir Nationalsozialisten zer schlagen euch die Organisationen der Arbeiterschaft.  
(Hört, hört! links.)

Wir zer schlagen euch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr uns das Recht geben in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir diese Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden.

Das ist das wahre Gesicht jener Leute! Wir werden landauf und landab den breiten Massen erklären, worum es geht, wach betrügerisches Spiel mit ihnen getrieben wird, in wie unerhört verlogener Weise die Nationalsozialisten an die Hungern den herangehen, wie sie jenen Arbeitslosen erklären wollen, im Dritten Reich werde es besser. Wenn einmal ein Drittes Reich kommen sollte, dann werden alle die Einrichtungen, die heute das Proletariat noch hat, zer schlagen sein, dann wird das Proletariat keine Gewerkschaftsorganisation, keine Parteiorganisation mehr haben, auf deren Grundlage allein es die Möglichkeit hat, sich ein besseres Leben langsam, aber sicher zu erkämpfen und zu erarbeiten.  
(Sehr gut! b. d. Soz.)

Demgegenüber stehen wir Sozialdemokraten. Das, was wir in jahrzehntelanger Arbeit ausgerichtet haben, verteidigen wir, wenn es notwendig sein sollte, mit unserem Leben, und wir sind davon überzeugt, das deutsche Proletariat wird nicht den Weg des italienischen oder des ungarischen Proletariats gehen. Wir nehmen den Kampf auf auf der Grundlage einer immer breiteren Front; die „Eiserne Front“ wird von Monat zu Monat stärker werden, und dann mögen jene Leute kommen! Wir sind, wenn es notwendig sein sollte, bereit zum Kampf. Wir wissen, das Proletariat kann nur in bessere Zustände hineinkommen, wenn es uns gelingt, den Sozialismus in zäher, eiserner, opfervoller Arbeit zu erzwingen. Und wir werden arbeiten und kämpfen für den kommenden Sozialismus. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit ist die Aussprache beendet und die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 2. Februar, nachmittags 1 Uhr, statt.

(Schluß der Sitzung 19 Uhr 6 Minuten.)